

Entschließungsantrag **der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung **30 Jahre Bundeswehr**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag nimmt mit Befremden die Planungen der Bundesregierung zur Kenntnis, den 30. Jahrestag der westdeutschen Wiederbewaffnung mit großangelegten Feierlichkeiten zu begehen. 40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, der von deutschem Boden ausging, gibt es keinen Grund dafür, das Vorhandensein eines gigantischen Militärapparats in unserem Lande zu bejubeln.

Obwohl heutige maßgebliche Vertreter des öffentlichen Lebens vor 35 Jahren erklärten, daß ihnen eher die Hand abfallen solle, bevor sie wieder ein Gewehr in die Hand nehmen, wird von der Bundesregierung keine Gelegenheit ausgelassen, um die Präsenz militärischer Stärke (öffentliche Vereidigungen, Traditionspflege, Waffenschauen) zu demonstrieren. Dabei hat die Friedensbewegung und mit ihr die Mehrheit der Bevölkerung vielfältig in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht: Der Frieden ist heute nicht nur bedroht durch massive Aufrüstungsmaßnahmen, deren Gipfel die Pershing II, Cruise Missile und das amerikanische SDI-Programm bzw. dessen Unterstützung durch die Bundesregierung darstellt, sondern auch die Bundeswehr ist in diesen gefährlichen Kurs von Kriegsvorbereitungsmaßnahmen und weitere Aufrüstungsschritte direkt einbezogen:

- Nach der Bundeswehrplanung soll die „3. Waffengeneration“ für den „Schlag in die Tiefe des Raumes“, konkret auf das Territorium von DDR, CSSR und Polen, beschafft werden.
- In Form des FOFA-Konzepts haben Teile der US-amerikanischen Kriegführungsdoktrin Air Land Battle auch für die Bundeswehr Gültigkeit erlangt.
- In NATO-Manövern üben NATO-Truppen mit Beteiligung von Bundeswehreinheiten nach diesem Konzept.
- In den Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung im Kriegsfall (WHNS) hat sich die Bundesregierung u. a. ver-

pflichtet, US-amerikanische Interventionskriege durch Bereitstellung von bis zu 100 000 Bundeswehrsoldaten für langfristige Aufgaben zu unterstützen.

- Tausende von Bürgerinnen und Bürgern leiden täglich durch einen unzumutbaren Tiefflugterror durch Militärmaschinen, der über zumeist ländlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland ständig ausgeübt wird.
- Der Personalbedarf der Bundeswehr wird in unerträglicher Weise vor die Wahrnehmung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gestellt; totale Kriegsdienstverweigerer werden hart bestraft, der Zivildienst für Kriegsdienstgegner wird verlängert und verschärft.
- Tausende Quadratkilometer Fläche der Bundesrepublik Deutschland werden für militärische Zwecke entfremdet, militärische Infrastrukturmaßnahmen ohne Rücksicht auf ökologische Belange ausgedehnt, der Infrastrukturetat wird um Milliarden DM aufgestockt.
- Es gibt Pläne, die Bundeswehr in den 90er Jahren zur Erhaltung der „Mannstärke“ auch für Frauen zu öffnen.

Der Deutsche Bundestag ist der festen Überzeugung, daß alle diese Maßnahmen die Gefahr eines Krieges nicht herabsetzen, sondern verstärken. Geboten ist die konsequente Vorbereitung des Friedens durch Abrüstung.

Mit der Friedensbewegung fordert daher der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, ein Gegengewicht zu den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Bundeswehr zu schaffen und mit sofortigen einseitigen Abrüstungsmaßnahmen zu beginnen.

Bonn, den 13. November 1985

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion